

2 Faktoren der Umweltbelastung und Ungleichheit

Belege für das vorherrschende unfaire und nicht nachhaltige ökonomische Modell sind überall und jeden Tag zu finden. Studien zur Empfindlichkeit von Ökosystemen liefern umfängliche Nachweise der Inkompatibilität fortdauernden Wirtschaftswachstums mit den natürlichen Zyklen der Erholung und Reproduktion. Es gibt mehr als genug Belege für die Menschenrechtsverletzungen, die aus dem exzessiven Ressourcenabbau und deren Nutzung resultieren. Jedoch bemühen sich die bestehenden Institutionen nicht darum, diese Trends zu stoppen – weder mit ihren Regulierungen und Gesetzen noch mit der entsprechenden Politik. Im Gegenteil: In den letzten Jahren hat der globale Raubbau an den natürlichen Ressourcen neue Dimensionen erreicht und den schon zuvor starken Druck auf die Natur und die Menschenrechte weiter erhöht.

a) **Ökologische Ungerechtigkeit: ein aus dem Gleichgewicht geratener Planet**

Die Menschen übertreten gleichzeitig und mit zunehmender Geschwindigkeit mehrere ökologische Kippunkte. Die daraus resultierende Zerstörung ist teilweise unwiderruflich und findet häufig in Gebieten statt, die zuvor von menschlichen Eingriffen unberührt waren. Die Menschheit emittiert z.B. mehr Treibhausgase in die Atmosphäre, als diese aufnehmen kann, und mit dem Verlust von Biodiversität und Stickstoffzyklen überschreitet sie gegenwärtig auch zwei weitere «planetarische Grenzen» – sowohl global als auch national und lokal. Hinter diesen Kippunkten liegen unberechenbare Veränderungen des Lebens auf diesem Planeten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beginnen gerade erst zu verstehen, wie die verschiedenen Umweltrisiken miteinander verknüpft sind. Daher können die Kippunkte des planetaren Systems zeitlich wie räumlich viel näher liegen als gegenwärtig angenommen.

Die fossilen Ressourcen, die das heutige Produktionssystem mit Treibstoff versorgen, sind endlich. Ihre Reproduktionszyklen liegen weit jenseits der menschlichen Zeiträume. Dasselbe gilt für den fruchtbaren Boden zur Gewinnung von Nahrungsmitteln, pflanzlichen Fasern oder Treibstoffen, der aber Tag für Tag in dramatischem Ausmaß verloren geht, ohne dass die Öffentlichkeit dies bemerkt.

b) Sozioökonomische Ungerechtigkeit: ungerechte Verteilung und ungleicher Zugang

Eine wichtige Tatsache ist leicht zu übersehen, wenn man sich auf die ökologische Dimension des steigenden globalen Konsums konzentriert: Es gibt immer noch Milliarden Menschen auf der ganzen Welt, die weitaus weniger als ihren «gerechten Anteil» an natürlichen Ressourcen und CO₂-Speicherkapazität verbrauchen. Milliarden Menschen auf der ganzen Welt haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, zu Energie, ausreichender und gesunder Ernährung oder grundlegenden Gesundheitsdienstleistungen. Soziales und biologisches Geschlecht, Alter, Hautfarbe oder ethnische Zugehörigkeit sowie andere soziale Faktoren spielen bei Zugang, Verteilung und Macht eine wichtige Rolle. Ein patriarchales System gesteht Frauen wenig Macht in der Entscheidungsfindung zu. Die Rechte von Kindern und zukünftigen Generationen werden missachtet, und niemand macht sich Gedanken darum, wie sich die Entscheidungen von heute auf ihre Zukunft und Existenzgrundlagen auswirken werden.

Während die «planetarischen Grenzen» die natürlichen Schranken der Erde bestimmen, definieren die Menschenrechte grundlegende soziale und ökonomische Mindestanforderungen. Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt: «Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitmung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.» Dazu haben sich Regierungen verpflichtet, und dafür sind sie rechenschaftspflichtig. Wirtschaftssysteme, Lebensstile, Konsummuster und Kulturen dürfen diese gemeinsamen Ziele nicht aushöhlen.

Obwohl – global gesehen – die Unterschiede zwischen Ländern hinsichtlich des durchschnittlichen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts leicht zurückgehen, verschärft sich die Ungleichheit innerhalb einzelner Länder. Mit Ausnahme von Lateinamerika entwickelt sich der Gini-Koeffizient, der die Einkommensverteilung innerhalb von Gesellschaften misst, auf der ganzen Welt negativ. Die Kluft zwischen Reich und Arm wird nicht nur tiefer, sondern auch komplexer. Eine kleine, allerdings wachsende globale Elite konsumiert weit mehr als ihren fairen Anteil. Die globale Mittelschicht (für die es keine allgemein anerkannte Definition gibt) wächst in absoluten Zahlen, aber ihr Anteil an der Weltbevölkerung erhöht sich nur leicht. Die meisten afrikanischen Länder – Regionen mit bedeutendem Bevölkerungszuwachs – werden an diesem Trend kaum beteiligt. Eines ist klar: Das gegenwärtige ökonomische Modell lässt Millionen und Abermillionen von Menschen im Stich und verletzt ihre Menschenrechte, um den Forderungen der wachsenden städtischen Mittelschichten nachzukommen. Das Recht auf Entwicklung ist in einem System, das Tag für Tag Ungleichheiten und Umweltzerstörung reproduziert, schwierig zu verteidigen. Dies kann nur gelingen, indem Entwicklungspfade, Produktionsmuster, Existenzgrundlagen und globale Solidarität neu definiert werden.

c) Mangel an echter Demokratie: ungleicher Einfluss lauter und leiser Stimmen und fehlende Rechtssicherheit

Politische Umwälzungen in verschiedenen Ländern in der ganzen Welt transformieren politische Systeme. In manchen Fällen führt dies zu mehr Rechten und zu mehr Beteiligung an der demokratischen Entscheidungsfindung, doch in vielen anderen schrumpfen solche neuen Spielräume rasch wieder. In den letzten Jahren sind in mehreren Ländern Gesetze geändert worden, um zivilgesellschaftliches Engagement zu erschweren. Aber häufig werden Bürgerrechte auch dort verletzt, wo sie zumindest per Gesetz existieren. Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft, Umweltaktivistinnen und -aktivisten, Fürsprecherinnen und Fürsprecher von Frauenrechten sowie Führungspersonlichkeiten lokaler Gemeinschaften werden verfolgt, bedroht und manchmal getötet – trotz der Tatsache, dass ihre Regierungen sich zur Einhaltung internationaler Abkommen verpflichtet haben und nationale Gesetze zur Umsetzung derselben bestehen.

Ökosysteme und Wissenssysteme, die weder in privatem noch in öffentlichem Besitz sind und daher von der Marktwirtschaft nicht vereinnahmt und kontrolliert werden, laufen Gefahr, von deren Marktlogik entweder ausgelöscht oder eingehegt zu werden. Commons (Gemeingüter) – das ist nicht nur ein Gegenstand oder eine gemeinsam genutzte Ressource, das sind auch die sozialen Interaktionen, Regeln und Institutionen, die ihre Nutzung und Verteilung nachhaltig und gerecht steuern – diese Commons sind starkem Druck ausgesetzt. Dadurch werden die Existenzgrundlagen der Menschen untergraben, die von Commons abhängig sind und sie schützen.

Des Weiteren wird immer mehr Macht in den Händen weniger Menschen und Konzerne konzentriert. Dies gilt besonders für den Bergbau, den Öl- und Gassektor und die Landwirtschaft, aber auch für den Finanzsektor und die ressourcenabhängigen Wirtschaftszweige, etwa Chemie, Verkehr oder Kommunikation, um nur einige wenige zu nennen. Mit der wirtschaftlichen und finanziellen Macht geht politische Macht einher – und häufig auch Korruption. Angesichts dieser Situation wird jeder Widerstand und jede positive Veränderung zu einer extremen Herausforderung. Der Wettlauf um die Kontrolle über natürliche Ressourcen nimmt an Tempo zu, und die politischen und wirtschaftlichen Eliten sind wenig geneigt, auf Macht und Profit zu verzichten.